

Geöffnet täglich  
früh 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
Reaktion und Exposition  
Johanniskirche 33.

Veröffentlichung der Reaktion:  
Vormittag 10—12 Uhr.

Nachmittag 4—6 Uhr.

Kaufhaus der Firma Friederichs  
folgende Nummer bestimmten  
Unter den Wochenenden bis  
8 Uhr Nachmittags, am Sonn-  
und Feiertagen früh bis 10 Uhr.

In den Filialen für Int.-Ausgaben:  
Otto Staven, Universitätsstr. 22,  
Sous 284a; Rathausmarkt 18, p.  
nur bis 10 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 178.

Donnerstag den 27. Juni 1878.

72. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, können die geehrten Abonnenten Karte und Rechnung bereits von heute an in Empfang nehmen lassen.

### Expedition des Leipziger Tageblattes.

#### Bekanntmachung.

Nachdem beschlossen worden, den zwischen der Blücher- und Gerberstraße gelegenen Tract der Uferstraße neu pflastern zu lassen, sollen die hierzu erforderlichen Arbeiten an einen Unternehmer in Accord verabredet werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt Rathaus 2. Etage Zimmer Nr. 1 aus und können dasselb eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind verziehen und mit der Aufschrift:

"Pflasterung in der Uferstraße"

verschen ebenso selbst und zwar bis zum 3. Juli dieses Jahres Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 17. Juni 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Wangemann.

#### Bekanntmachung.

Auf dem zwischen der Blücher- und Gerberstraße gelegenen Tract der Uferstraße sollen Granitschwellen ausgelegt und die hierzu erforderlichen Arbeiten einschließlich der Schwellenlieferung an einen Unternehmer in Accord verabredet werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathaus, 2. Etage Zimmer Nr. 1 aus und können dasselb eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind verziehen und mit der Aufschrift:

"Schwellenlieferung in der Uferstraße"

verschen ebenso selbst und zwar bis zum 3. Juli dieses Jahres Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 17. Juni 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Wangemann.

#### Bekanntmachung.

Die Ausmusterungs- und Erbsatzreservekasse II. Klasse der in diesem Jahre hier gemusterten Mannschaften ist abzusagen und kann auf unseres Kommissariats, Rathaus 2. Etage, zum Abholen bereit, nach hiermit zur Kenntnisnahme der Bevölkerung gebracht wird.

Leipzig, am 18. Juni 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Lamprecht.

Im Anschluß an die von dem betreffenden Comité veröffentlichte Bitte um Beiträge für die hinsichtlichen der auf dem Panzerjäger "Großer Kurfürst" Vermögenslücken erläutern wir und gern bereit, Beiträge in unserer Stiftungsbuchhalterei (Rathaus 1. Etage) entgegenzunehmen.

Leipzig, den 12. Juni 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin.

#### Der Reichstagswahl.

In Nummer 176 der "Leipziger Nachrichten" ist ein Heftartikel zu lesen, welchem die offen ausgedrückte Absicht zu Grunde liegt, die nationalliberale Wählerschaft Leipzigs zu spalten und den altherwähnten Dr. Stephani zu discreditieren. Gleichzeitig findet sich die "Leipziger Zeitung" in ihrer Nr. 150 gemäßigt, daß "einfache Vorgehen" der Leipziger Nationalliberalen abzuwenden und daß überaus liebenswürdige "Entgegenkommen" der conservativen Partei in Leipzig-Stadt hervorzuheben. In letzterer Beziehung kann bringen wir hiermit nochmals zur öffentlichen Kenntnis, daß der hiesige Conservative Verein von Anfang an erklärt hat, nur unter der einen Bedingung, daß Dr. Stephani nicht wieder aufgestellt werde, hand in hand mit den Nationalliberalen Leipzigs gehen zu wollen und zu können. Die letzteren haben in einem solchen Vorgehen einer winzigen Minorität ein Entgegenkommen nicht finden können. Es ist auch nur durch diesen Verhalten die so schnelle Proclamation der Kandidatur des Dr. Stephani hervorgerufen worden. Wird nun sie und da und so auch in Nr. 176 der "Leipziger Nachrichten" behauptet, Dr. Stephani werde der Reichsregierung nicht die zur Bekämpfung und Vernichtung der Socialdemokratie erforderlichen Mittel gewähren, so ist das einfach eine Unwahrheit; denn Dr. Stephani hat ausdrücklich durch seine unter die bekannte Leipziger Resolution gesetzte Unterschrift bekannt, daß er bereit sei, der Reichsregierung die durch die außerordentliche Sachlage gebotenen Mittel zu gewähren. Weiter ist es eine Unwahrheit, Herrn Dr. Stephani als "enorgierten Freihändler" hinzustellen. Dr. Stephani hat sich, wie ein großer Theil der bisherigen nationalliberalen Fraktion im Reichstage, bereit erklärt, gewisse Schutzzölle zu gewähren. Es ist dies jedenfalls dem Berliner Central-Comité zur Wahrung der volkswirtschaftlichen Interessen des deutschen Reichs" nicht bekannt gewesen. Die Leipziger liberale Wählerschaft mag sich durch solche Wohlwollen, zumal wenn sie sich offen als Appell an die conservative Partei hierfür benennen, nicht irre führen lassen: Dr. Stephani wird, wie früher, so auch später ein würdiger Vertreter Leipzigs im Reichstage sein!

#### Eine Rede Bambergers über die politische Lage.

In der am 23. Juni zu Mainz abgehaltenen Versammlung der hessischen Fortschrittspartei hat der bisherige Vertreter von Dingen-Alzen im Reichstage Dr. Ludwig Bamberger sich in einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede über die nächsten Aufgaben der deutschen Politik ausgesprochen. Wirtheilen im folgenden den wesentlichen Inhalt dieser Rede mit.

Es ist, so leitete Dr. Bamberger seine Rede ein, ein eigentlichliches Verhängnis, daß seit längerer Zeit die allzu lange Wahlperiode, das heißt die zu häufige Wiederholung des auftragenden Wahlgeschäfts, als eine der Ursachen bezeichnet wurde, welche der Aufbreitung socialistischer Bestrebungen zu Hülfe führten, nun aber gerade als Anfang des Widerstandes gegen diese Bestrebungen eine von dem Gesetz nicht einmal verlangte Erneuerung des Wahlgeschäfts herabgeschworen worden ist. In wie fern der angegebene Zweck, die Zustimmung des Reichstages zu gesetzlichen Maßnahmen zu erlangen, das heißt die Ablösung notwendig gemacht hat, möchte die Reichsregierung, beziehungsweise der Reichskanzler, auf den man allein die Urheberschaft des Aufstandes zurück zu führen hat, anders beurtheilen, als ein großer Theil des deutschen Volkes. Ich theile die Ansicht, die mir überall entgegen getreten ist, daß der alte Reichstag sofort nach dem zweiten Attentat zusammen berufen, schwertlich in der Gemüthsverfassung gewesen wäre, irgend welche Vorlagen gerichtet zu weisen, welche die Reichsregierung in noch so strengem Sinne ihm unterbreitet haben würde. Notwendig drängt sich daher der Gedanke auf, daß wohl noch andere Beweggründe hier mit im Spiele sein müßten.

Wie man auch den Zusammenhang zwischen den beiden Attentaten und den socialistischen Unruhen auffassen mög, angesehens des großen Unglücks, welches die Nation in ihrem Oberhaupt getroffen hat, ist es als eine Art Trost zu betrachten, daß die gewaltige, eben hervorgerufenen Bewegung gegen den Sozialismus endlich die Nation einmal aufgerüttelt aus dem Zustand der Gleichgültigkeit und Verblendung. Die Gefahren dieses Zustandes sind für den Beobachter längst in so gewaltigem Maße wahrnehmbar gewesen, daß die ungeheuerlichen Missethaten der letzten Zeit vor die Nation unerwartet an einer neuen und ihrer verwundbarsten Stelle treffen, aber für das Auge des Beobachters den Ernst der gegen die Gesell-

shaft gerichteten Verschwörung kaum in einem stärkeren Grade zeigen konnten. Nun handelt es sich darum, daß endlich Erwachen der Nation zu verwerthen, aber je wichtiger diese Aufgabe ist, desto mehr muß man sich hüten, sich in Gegenmittel durch Uebereilung zu vergreifen. Sodann ob sich, wie in den Fällen Hödel und Nobiling, um heimlich geplante Mordanschläge handelt, können terroristische Thaten selbst nur durch praktische Maßregeln der überwachenden Polizei verhindert werden, soweit es überhaupt möglich ist, durch scharfe Aufsicht verbrecherischen Anschlägen zuvorzutreffen. Die Aufgabe des Gesetzes, mag es nun so scharf gestellt werden, wie es will, kann nicht unmittelbar gegen die vereinzelte Ausschreitung, sondern nur gegen gewisse Schammeinheiten gerichtet sein, durch welche der verbrecherische Geist in den Menschen genährt und gezeugt wird.

Es ist zugezogen, daß wir durch den Eintritt der sozialistischen Bewegung in eine Lage gebracht werden, an deren Bedingungen die bisherigen politischen Bestrebungen wenig oder gar nicht gedacht haben. Alle Ansprüche an freie geistige Bewegung, in deren Berechtigung wir ausgewiesen sind immer von der Voransetzung ausgegangen, daß es sich zwischen den verschiedenen politischen Gegnern nur um einen häuslichen Streit über Verfassungsfragen handle, nun aber hat man es mit einem Gegner zu thun, der sich auf einen ganz anderen Boden stellt und schließlich gar nicht verschließt von einem auswärtigen Feind, der die Christenberechtigung der heute vorhandenen Staats- und Gesellschaftsordnung in seinem Punkte anerkennt. So ist es allerdings denkbar, daß die Frage aufgeworfen wird, ob wir nicht die freiheitliche Verfassung, nach der wir, gleich wie andere civilisierte Nationen, so lange gerungen, um der uns bedrohenden Gefahren willen gänzlich preisgegeben haben? Aber Niemand wird bestreiten, daß dies eine Entscheidung vom tiefsten Ernst und von unabsehbaren Tragweite ist, und vollen Überblick ist es, zu wähnen, daß das Problem durch vorübergehende Maßregeln, etwa durch einen auf mehrere Jahre beschränkten Ausnahmestand gelöst werden könnte.

Was nun die Streitfrage betrifft, ob Ausnahmeverwerthe oder Einschränkungen auf dem Boden des gemeinen Rechts, so ist es ein wunderliches Beginnen, diese juristischen Spitzfindigkeiten zum Gegenstand einer Volksabstimmung zu machen. Alle Napoleonischen Plebiszite, welche das Volk zur Abstimmung über Verfassungsänderungen auf-

Ausgabe 15,500.  
Abonnementpreis vierjährig, 41,-- Mk.  
incl. Druckerlohn 5 Mk.  
durch die Post bezogen 6 Mk.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrabedragen  
sowie Postbeförderung 30 Pf.  
mit Postbeförderung 45 Pf.  
Inserate 5 pf. Zeitungsseite 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichniß.— Tafelblätter  
Ges. nach höherem Tarif.  
Reklame unter dem Reklomontagefeld  
die Spaltseite 40 Pf.  
Inserate sind fests an d. Ausgabe  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung präzumerende  
oder durch Posturkunde.

#### Danksagung!

Der am 10. Januar d. J. verstorbenen hiesigen Kaufmann, Herr Christian Friedrich Wolff Weißner, in Firma Friederich Heinrich Weißner jun., bei testamentarisch der hiesigen Nicolaischule zur Sicherung des Kapitals der Nicolaischule-Stiftung ein Votum von Dreitausend Mark ausgelegt und ist dieser Betrag am 21. d. M. von der Universalerbin des Verstorbenen, Fräulein Minna Pauline Weißner hier, bei unserer Stiftungsbuchhalterei eingesetzt worden, was wir hierdurch mit dem Ausdruck unseres aufrichtigen Dankes zur allgemeinen Kenntnis bringen.

Leipzig, am 25. Juni 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin, Wulff, Rektor.

#### Versteigerung von Bauplätzen an der Bismarckstraße und deren Nebenstraßen.

Es sollen 20 der Stadtgemeinde und der Thomashütte gehörige, an der Bismarck-, Hauptmann-, Marthauer-, David- und Mothesstraße gelegene und auf dem betr. Parzellierungssplane mit folgenden Nummern bezeichnete Bauplätze:

Rt. 10. zu	949,125	qm.
* 11. "	582,120	"
* 12. "	1210,000	"
* 13. "	1210,000	"
* 14. "	949,125	"
* 15. "	582,120	"
* 16. "	949,125	"
* 17. "	582,120	"
* 18. "	1210,000	"
* 19. "	1210,000	"
	21. "	582,120
	22. "	900,000
	23. "	582,000
	24. "	1817,088
	25. "	1817,088
	26. "	1817,088
	27. "	1817,088
	28. "	900,000
	29. "	582,000

welche in geschlossener Häuserreihe an der Bismarckstraße unter Belassung von 12 m tielem Börgarten zu bebauen sind, an die Meistbietenden verkauft werden und beraumen wir hierzu einen Versteigerungstermin im großen Saale der Alten Wache, Rathausmarkt Nr. 29, 2. Stockwerk, auf

Donnerstag den 11. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr,

Der selbe wird pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet, die Versteigerung selbst aber bezüglich eines jeden der in obiger Nummerfolge ausgedachten Bauplätze geschlossen werden, sobald darauf kein weiteres Gebot mehr gezeigt.

Der Parzellierungssplan und die Versteigerungsbedingungen liegen in unserem Bauamt (Rathaus 2. Stockwerk) zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 24. Juni 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Gerutti.

#### Heldverpachtung.

Folgende der hiesigen Stadtgemeinde gehörige, in der Stadtteil Beilngries (Petischer Markt) zwischen der Berliner Straße und der Guttrücker Gasse gelegene Gebäuden, nämlich:

1) 4 Hekt. 90,9 Mr. — 8 Rd. 261 □ R. nördlicher Theil der Parzelle Nr. 2789,
2) 4 " 90,7 " — 8 " 260 " südlicher Theil der Parzelle Nr. 2739,
3) 2 " 82,0 " — 5 " 29 " nördlicher Theil der Parzellen Nr. 2743/4,
4) 2 " 82,0 " — 5 " 29 " südlicher Theil der Parzellen Nr. 2743/4

sollen nur zum Bau, also mit Auschluss jeder anderen Benutzungswiese auf, die neue Jahre 1879 bis mit 1887 am Rathaus.

Dienstag, den 9. Juli d. J. Vormittags 11 Uhr

an die Meistbietenden anderweit verpachtet werden.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen sowie ein Situationsplan liegen in der Expedition unserer Economico-Inspektion im alten Johannishospitale zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 24. Juni 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Gerutti.

gerufen haben, alle Ausschreibungen des schweizerischen Referendum, welches das Volk in Abstimmung zur Prüfung technischer Gesetze beruft, sind an Extravaganzen übertrroffen durch die Ausnutzung an die Wähler, jetzt mit einem in Form des Wahlzettels abgegebenen Plebisit zwischen den Bürgern und Nachbarn von Ausnahmegesetzen und gemeinsam Recht ein Votum abzugeben.

Was aber auch die Gesetzesgebung zu leisten im Stande ist, Niemand kann zweifeln, daß gerade die liberalen Parteien am meisten Urtheil und Wohlstand haben, die Sozialdemokratie energisch zu bekämpfen. Die Liberalen sind die Einzigsten, die sich in Agitationen und bei Stichwahlen niemals durch die Verbindung mit der Sozialdemokratie compromittiert haben. Wird nur die anderen Parteien, namentlich die religiösen conservativen beider Confessionen, die Sozialdemokratie so wenig ermuntert haben, wie dies von den Liberalen geschehen, so würde das Unheil nie zu solchem Umfang bei uns gelangt sein. Darum kann man auch nicht wissen, daß mit gesetzlichen Maßregeln allein das Unheil beseitigt werde, sondern nur durch eine Umkehr im Geiste der Nation selbst, die viel zu leichtsinnig mit dem Neuen der sozialistischen Ideen gespielt hat. Leider hat es einen Aufschluß, als sollte diese Einsicht auch jetzt bei einem Theil der Bürgertum noch nicht wünschbar werden. Die Hegerieen der sogen. Christlich-Socialen in Berlin gehen unter den Augen der Regierung ihres Gang ungefähr weiter und einer der Führer jener Partei, welche gerade so wie die Sozialdemokratie die Grundversetzung der bürgerlichen Gesellschaft mit Branden angespielt haben, hat noch bei dem Gottesdienste, der in der Hauptstadt für die Reitung des Kaiser abgehalten worden, als Prediger fungiert. Ebenso wird ohne Zweifel im entscheidenden Augenblick der Wahlen die ultramontane Partei wieder mit den Sozialisten zusammengehen, wo es sich darum handelt, die liberales Mittelpartei aus dem Felde zu schlagen. Darum ist es auch so bedauerlich, daß selbst diejenige Presse, welche als das Organ des Reichskanzlers angesehen wird, den Wahlkampf mehr noch gegen die Liberalen als gegen die Sozialdemokratie führen zu wollen scheint; es ist zu befürchten, daß diese befliegende Werthe Lenden im Fortgang des Wahlkampfes immer mehr hervortrete und daß die Aufführung,